

Globale Verantwortung -  
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und  
Humanitäre Hilfe  
zH GF Mag.a Annelies VILIM, Mag.a Sophie  
Veßel, E.MA

BMSGPK - V/A/2 (Bilaterale Beziehungen und  
Internationales)

**Mag. Andreas Schaller**  
Sachbearbeiter

[Andreas.Schaller@sozialministerium.at](mailto:Andreas.Schaller@sozialministerium.at)  
+43 1 711 00-862178  
Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [post@sozialministerium.at](mailto:post@sozialministerium.at)  
zu richten.

Geschäftszahl: 2021-0.752.363

## **Antwortschreiben zu den Verhandlungen zu einem UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte**

Wien, 22.11.2021

Sehr geehrte Frau Geschäftsführerin Mag.<sup>a</sup> Vilim,

ich möchte mich ganz herzlich für Ihr Schreiben zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie zu den Verhandlungen über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte bedanken.

Die Umsetzung der Agenda 2030 mit den 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist mir ein besonderes Anliegen. Es war mir daher auch wichtig, persönlich an dem ersten – gemeinsam von öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft organisierten – SDG Dialogforum am 28. September 2021 im Naturhistorischen Museum teilzunehmen und über die Herausforderungen bei der Umsetzung der SDGs zu diskutieren. Die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, die Förderung von Gesundheit und Wohlergehen sowie ein verstärktes Engagement für Geschlechtergleichstellung sind wichtige Schritte für ein gutes und menschenwürdiges Leben für alle. Wie Sie wissen, hat das Ressort heuer auch einen Aufruf für die Förderung von europäischen und internationalen Projekten in der Höhe von 10 Millionen Euro durchgeführt, um die Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bei der Erreichung der SDGs in diesen Bereichen zu unterstützen.

Die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden auf globaler Ebene sind zentral für gutes und menschenwürdiges Leben für alle. Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Produktionsländern sind in diesem Kontext wesentlich. Durch die COVID-19-Pandemie haben sich Ausbeutungssituationen in Lieferketten und prekäre Lebenslagen noch verschärft.

Freiwillige Vorgaben haben sich als unzureichend erwiesen, um die Einhaltung von Menschenrechten und grundlegenden sozialen Standards in globalen Lieferketten zu gewährleisten. Daher unterstütze ich die Einführung von verbindlichen Regelungen mit Sorgfalts- und Haftungspflichten für Unternehmen. Im Vordergrund steht der Schutz und die Entschädigung jener Menschen, die von den Auswirkungen von Unternehmenstätigkeiten betroffen sind.

Vor allem eine wirksame Regelung auf EU-Ebene wäre hier sinnvoll und wichtig, um klare und einheitliche Vorgaben auf hohem Niveau für alle Unternehmen innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. Aber auch ein rechtsverbindliches Instrument auf UN-Ebene, mit dem grundlegende Standards weltweit durchgesetzt werden könnten, findet meine Unterstützung. Ich sehe daher mit großem Interesse dem Entwurf der Europäischen Kommission für eine geplante EU-Richtlinie über Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten entgegen, der voraussichtlich im Dezember 2021 vorgelegt werden soll.

In Bezug auf die konkrete inhaltliche Ausrichtung solcher Regelungen bedarf es einer umfassenden Diskussion. In meinem Ressort gibt es Anknüpfungspunkte, für das Thema sind jedoch mehrere Bundesministerien zuständig. Wichtig ist hier die Einbindung aller relevanter Akteur:innen, insbesondere von Sozialpartnern, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen sowie Betroffenen.

Das Sozialministerium unterstützt seit vielen Jahren Projekte und Studien in den Bereichen „Corporate Social Responsibility (CSR)“ sowie „Business & Human Rights“. In Zusammenhang mit der Umsetzung der Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung des Menschenhandels wurden und werden von meinem Ressort Projekte des Netzwerks Soziale Verantwortung (NeSoVe) gefördert, die sich mit der Prävention von Arbeitsausbeutung in Lieferketten befassen (aktuell: *„Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Arbeitsverhältnisse in globalen Lieferketten“* - 12/2020 - 11/2021; *„Nachhaltige Lieferketten für erneuerbare Energien“* - 12/2021 - 11/2022).

Weiters fördert das Ressort ein langjähriges Projekt vom Verein Südwind im Bereich Menschenwürdige Arbeit, mit dem Ziel der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (*„Multiplikator:innenprogramm: Menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben“*). Auch der TRIGOS-

Unternehmenspreis für verantwortungsvolles und nachhaltiges Wirtschaften wird von Seiten des Ressorts gefördert.

Auch in meiner Eigenschaft als Konsumentenschutzminister befürworte ich Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards. Das Bewusstsein der Verbraucher:innen für die Bedeutung ethischer und nachhaltiger Gesichtspunkte bei alltäglichen Konsumententscheidungen hat in den letzten Jahren erfreulicherweise stark zugenommen. Damit Verbraucher:innen in die Lage versetzt werden, diesem Bewusstsein entsprechend zu handeln, sind neben zuverlässigen und transparenten Produktinformationen klare und durchsetzbare Sorgfaltspflichten für Unternehmen wichtig. Im Hinblick auf die globale Dimension der Thematik können nur gemeinsame Initiativen auf internationaler und europäischer Ebene zu wirkungsvollen Lösungen führen.

Abschließend möchte ich mich für Ihre Arbeit und ihr Engagement in diesem Bereich bedanken und Ihnen viel Erfolg bei der Fortführung Ihrer Aktivitäten wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'W. Mückstein', with a stylized flourish at the end.

Dr. Wolfgang Mückstein  
Bundesminister